

Gegenstimmen — attac  lädt ein

Afrika: Lizenz zum Plündern

Materialien zu der Veranstaltung mit
Anne Jung
Jürgen Kaiser
Yonas Endrias

15. Juni 2004, Grips Theater



Eine Veranstaltungsreihe in Zusammenarbeit mit dem GRIPS Theater





Inhalt

Jürgen Kaiser <i>Schuldenkrise und Strukturanpassung</i>	3
Sanou M'Baye <i>Aktionsplan für Schwarzafrika</i>	6
Anne Jung <i>Die glänzenden Seiten des Krieges</i>	10

Kontakte, Internetadressen

- www.medico-international.de
- www.erlassjahr.de
- Global African Congress: www.home.zonnet.nl/GACNLD/_private/Our%20GAC.htm
- Vereinte Nationen: www.uneca.org
- Vereinte Nationen - Entwicklungsprogramm: <http://www.undp.org/dpa/publications/Africa>
-

Literaturhinweis

- Reno, W. 1998. *Warlord Politics and African States*. Oxford. James Currey

Druck des Readers durch DGB-Jugend Berlin-Brandenburg

Schuldenkrise und Strukturanpassung

Von Jürgen Kaiser¹

Was sind Strukturanpassungsprogramme?

Mit dem Begriff Strukturanpassungsprogramm (SAP) wird ein Bündel wirtschaftspolitischer Maßnahmen bezeichnet, die die Länder der Dritten Welt und Osteuropas im Gegenzug für Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank durchführen müssen. Die Durchführung von Strukturanpassungsprogrammen ist darüber hinaus auch die Voraussetzung für einen Schuldenerlass im Rahmen der HIPC-Initiative.

Die haushalts-, finanz-, handels- und arbeitsmarktpolitischen Vorgaben (sog. Konditionalitäten) der Programme stellen weitreichende Eingriffe in die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen der kreditnehmenden Länder dar. Die SAPs des IWF und der Weltbank sind dem neoliberalen Entwicklungsmodell verpflichtet und setzen auf die Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien. Wirtschaftliche Stabilisierung und Wachstum soll über die Stärkung der Privatwirtschaft, über die Einbindung in den Weltmarkt und über ausländische Direktinvestitionen erreicht werden.

Seit wann gibt es SAPs?

SAPs sind eng mit der Anfang der 80er Jahre beginnenden Schuldenkrise der Dritten Welt verknüpft. IWF und Weltbank begannen damals, eine zentrale Rolle im Schuldenmanagement zu spielen und ihren Einfluss auf die Länder des Südens erheblich auszubauen. Strukturanpassungsprogramme wurden zur Vorbedingung von neuen Krediten der beiden Institutionen und von Umschuldungsmaßnahmen. Der Einfluss von IWF und Weltbank geht aber weit über die Höhe der von ihnen zur Verfügung gestellten Mittel hinaus. Denn auch die Regierungen der Industrieländer, regionale Entwicklungsbanken und private Banken gewähren den Ländern des Südens Kredite nur dann, wenn diese ein Anpassungsabkommen mit den Bretton Woods Institutionen befolgen.²

Als die Weltbank 1996 die Entschuldungsinitiative HIPC lancierte, beschlossen die Geberregierungen, Schuldenerlasse an die Durchführung eines sechsjährigen Strukturanpassungsprogramms mit dem IWF zu knüpfen (sog. ESAF-Programme). Erst wenn die Länder diese Auflage erfüllt hatten, konnten sie auf einen Teilerlass ihrer Schulden hoffen. Dies ist auch Bestandteil der 1999 in Köln beschlossenen Erweiterungen der HIPC Initiative. Statt ESAF- heißen die jetzt PRGF-Programme (von Poverty Reduction and Growth Facility) und sollen auf nationalen Plänen zur Armutsbekämpfung aufbauen.

Gescheiterter Ansatz

Die Koppelung von Schuldenerlassen an Strukturanpassungsprogramme war ein verheerender Schachzug für die Entwicklungsländer. Denn SAPs sind aus einer Reihe von Gründen hochproblematisch:

- Die im Zuge von SAPs verlangte plötzliche und umfangreiche Öffnung der Märkte, die einseitige Förderung der Exportwirtschaft und die umfassende Aufhebung staatlicher Regulierungen haben nur geringe und ungleich verteilte Wachstumserfolge gehabt, an deren ökonomischer und vor allem ökologischer Nachhaltigkeit zudem gezweifelt werden muss. Gleichzeitig aber ist der Schuldenstand der Länder weiter gestiegen.

¹ Politischer Koordinator bei Erlassjahr.de

² Zwischen 1980 und 1994 vergaben IWF und Weltbank 343 Anpassungskredite an 74 Länder. Aus den IWF-Mitteln für die ärmsten Länder (ESAF) wurden zwischen 1996 und 1998 96 SAPs finanziert, die meisten davon in Afrika. Seit Beginn der 90er Jahre fließen Anpassungskredite in zunehmenden Maße auch nach Osteuropa.



- Besonders die armen Bevölkerungsgruppen hat es häufig hart getroffen. Die Anpassungsprogramme verlangen in der Regel heftige Einschnitte bei den staatlichen Ausgaben. Gekürzt wird dann oft bei denen, die sich am wenigsten wehren können. Neben dem Wegfall staatlicher Leistungen im Gesundheits- und Bildungsbereich und von Subventionen auf Grundnahrungsmittel, kommt es oft zu Arbeitsplatzverlusten. Auch die Politik der Handelsliberalisierung geht häufig auf Kosten der ärmeren Menschen: Während jetzt billige Produkte auf den einheimischen Markt strömen, sind Kleinbauern zumeist nicht in der Lage ihre Waren zu exportieren.
- Auch in ökologischer Hinsicht haben die Programme wenig Positives aufzuweisen. Als Strategie, möglichst schnell Devisen erwirtschaften zu können (zwecks Schuldentrückzahlung), wird den Ländern von Weltbank und IWF empfohlen, den Export von Rohstoffen auszubauen. Das Ziel der „nachhaltigen Entwicklung“ rückt dabei vollends in den Hintergrund.
- Neben diesen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fehlentwicklungen der SAPs haben die Programme aber auch ganz handfeste politische Probleme: Die zahllosen und zum Teil sehr detaillierten Vorgaben der SAPs beschneiden die Regierungen der kreditnehmenden Länder in ihren Möglichkeiten, Außenwirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik usw. zu gestalten. Damit untergraben sie das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Strukturen der Länder. Letztlich handelt es sich auch um eine direkte Interessenpolitik der industrialisierten Länder gegenüber den Entwicklungsländern. Denn die Industrieländer haben in den Entscheidungsgremien von IWF und Weltbank das Sagen und oft genug werden mit den Programmen genau solche Maßnahmen durchgesetzt (bspw. Marktöffnung), die im Interesse des Nordens liegen.

Alles neu macht die HIPC???

Auch bei den Verantwortlichen ist mittlerweile angekommen, dass sie mit der Anpassungspolitik nicht wie bisher weiter machen können. Im Zusammenhang mit den schweren Finanz- und Wirtschaftskrisen am Ende der 90er Jahre mehrte sich die Kritik an den SAPs nun auch von offizieller Seite. Vom Koalitionsvertrag der rot-grünen Regierung bis hin zum (ehemaligen) Chefökonom der Weltbank, Joseph Stiglitz, wurde gefordert, die enge makroökonomische Ausrichtung von SAPs um soziale und ökologische Ziele zu erweitern. Eine externe Evaluierung von Strukturanpassungsprogrammen des IWF (1998) bescheinigte das Versagen der Konditionalitätenpolitik und machte fehlende nationale Identifikation mit den harten Reformmaßnahmen und die Flut an Vorgaben, die mit SAPs verknüpft sind, für die geringen Erfolge der Programme verantwortlich.

Im Zusammenhang mit den in Köln 1999 vereinbarten Schuldenerleichterungen für die 41 als arm und hoch-verschuldet eingestuftes HIPC-Länder, präsentierten IWF und Weltbank dann einen neuen Ansatz: Zukünftig sollen SAPs auf Armutsstrategien aufbauen, die von den Regierungen der kreditnehmenden Länder selbst unter Einbeziehung ihrer Zivilgesellschaften entwickelt werden sollen. Die Reduzierung der Armut soll herausragendes Ziel aller Reformbemühungen werden.

Die HIPC-Länder müssen auch weiterhin erst IWF-SAPs durchführen, bevor der Schuldenerlass gewährt wird (Statt ESAF jetzt PRGF = Poverty Reduction and Growth Facility), die aber jetzt auf den nationalen Armutsstrategien (PRSP = Poverty Reduction and Growth Facility) aufbauen sollen.

Aber bedeutet der neue Ansatz der PRSP wirklich einen Neuanfang in der Anpassungspolitik? Wohl kaum: Zum einen müssen die PRSP dem IWF und der Weltbank vorgelegt und von diesen genehmigt werden. Und die beiden Institutionen haben gleich gewarnt, dass nur solche Pläne akzeptiert werden, die „vernünftigen wirtschaftspolitischen Grundsätzen“ verpflichtet sind. Was als vernünftig gilt, wird dabei weiterhin in Washington entschieden. Da es sich die hochverschuldeten und sehr armen Länder der HIPC-Initiative nicht leisten können, auf die zugesagten Schuldenerleichterungen zu verzichten, ist zu befürchten, dass sie in vorauseilendem Gehorsam Papiere vorlegen, die wenig von den bisher üblichen Strategien abweichen.

Mittlerweile haben fünf Länder ein vollständiges PRSP vorgelegt und eine weitere Reihe von Ländern haben sogenannte Zwischenpapiere erarbeitet. Die nationalen Prozesse gestalten sich schwierig und besonders die zivilgesellschaftliche Partizipation hinkt in den meisten Ländern hinter den Erwartungen zurück. Auch in der inhaltlichen Gestaltung von SAPs hat sich wenig verändert: Zum Teil haben Weltbank und IWF noch kurz vor dem Abschluss der PRSP-Prozesse mit den Ländern neue SAPs abgeschlossen, statt erst einmal das Ergebnis der nationalen Prozesse abzuwarten. Außerdem haben die beiden Institutionen trotz anderslautender Versprechen bisher kaum Anstrengungen unternommen, den Zusammenhang von makroökonomischen und strukturpolitischen Reformen auf der einen und den sozialen Auswirkungen zu überprüfen. Wenn aber künftig *alle* Elemente von Wirtschaftsprogrammen dem Ziel der Armutsbekämpfung dienen sollen, dann müssen auch endlich alle Reformmaßnahmen unvoreingenommen hinsichtlich ihrer Armutswirkungen analysiert werden. Denn die bisherigen Anpassungsprogramme haben das ganz eindeutig nicht geleistet.

SAPRI/N

Es gibt bereits Initiativen dieser Art. So haben sich im Rahmen des SAPRI³-Prozesses in sieben Ländern zivilgesellschaftliche Organisationen gemeinsam mit Regierungen und der Weltbank mit den Folgen von SAPs auseinandergesetzt. Die Initiative kam auf Anstoß einer Reihe von Nichtregierungsorganisationen zustande und begann 1997 mit der Evaluierung von Anpassungsprogrammen in sieben Ländern (Bangladesh, Ecuador, Ghana, Ungarn, Mali, Uganda und Simbabwe). In einer Reihe von anderen Ländern bzw. Regionen (Argentinien, Brasilien, Kanada, Mexiko, Philippinen und Zentralamerika) wurden in den folgenden Jahren Wirkungsanalysen ohne Beteiligung der Regierungen und/oder der Weltbank begonnen (sog. CASA-Prozess).

Allen Prozessen ist gemein, dass auch die Erfahrungen der „normalen Bevölkerung“ in die Auswertungen einfließen sollen. Entsprechend wurden eine Reihe von Foren in den beteiligten Ländern durchgeführt, an denen Vertreter verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen teilnahmen. Darüber hinaus einigte man sich auf eine „partizipative Methode“ für die durchzuführenden Feldstudien. Im Zusammenhang mit dem SAPRI-Prozess hat sich ein zivilgesellschaftliches Netzwerk aus Kleinbauern-, Gewerkschafts-, Frauen-, Umwelt- und anderen Organisationen sowie aus unterstützenden NGOs aus dem Norden gegründet (SAPRIN). Über den unmittelbaren SAPRI-Prozess hinaus, organisiert das Netzwerk die partizipativen Prozesse in den CASA-Ländern, beschäftigt sich mit Alternativen zur bisherigen Strukturanpassungspolitik und mit der Erarbeitung von basisorientierten Unterrichtsmaterialien („economic literacy“). (Informationen unter: www.saprin.org).

Die Prozesse in den sieben SAPRI-Ländern nähern sich ihrem Ende. Im September 2001 werden länderbezogene sowie sektorübergreifende Ergebnisse der Initiative auf einem internationalen Forum in Washington, DC präsentiert werden. Doch offenbar kriegt die Weltbank jetzt kalte Füße: Obwohl es sich bei dem SAPRI-Prozess um einen mehrjährigen, gemeinsamen Prozess zwischen der Weltbank, Regierungen und zivilgesellschaftlichen Gruppen handelt, scheint es jetzt, als sei die Weltbank nicht bereit, die Ergebnisse zu akzeptieren und daraus Lehren für ihre zukünftige Anpassungspolitik zu ziehen. Die vom Weltbank-Präsidenten vielbeschworene Partizipation und ownership droht damit zu einer Farce zu werden.

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED) arbeitet seit Beginn an im Netzwerk SAPRIN mit und hat im Frühjahr 1999 das erste europäische SAPRIN-Forum in Bonn ausgerichtet. WEED wird die im Herbst 2001 vorliegenden Ergebnisse der SAPRI-Prozesse auswerten und der deutschen Öffentlichkeit zugänglich machen.

³ Die Abkürzung steht für Structural Adjustment Participatory Review Initiative, das Kürzel SAPRIN wiederum bezeichnet das Netzwerk an zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich um die SAPRI-Initiative herum, gegründet hat (Structural Adjustment Participatory Review International Network).



Aktionsplan für Schwarzafrika⁴

Von Sanou M'Baye⁵

VON allen bisherigen Wirtschaftssystemen trägt der Ausbeutungs- und Verteilungszusammenhang namens Globalisierung den am wenigsten treffenden Titel. Global ist dieses System nur dem Namen nach, denn die massiven Kapitalbewegungen, die es kennzeichnen, finden fast ausschließlich zwischen den Industrieländern statt. Dieser Umstand schadet den Entwicklungsländern insgesamt, seine ausgrenzende Wirkung trifft aber insbesondere Schwarzafrika.

Seit der Krise von 1997 entfallen nur noch 7 Prozent der weltweiten Börsenkapitalisierung auf die emerging markets, obwohl hier 85 Prozent der Weltbevölkerung leben, die 45 Prozent der Güter- und Dienstleistungen produzieren.⁶ Die Kapitalströme in diesen Regionen sanken um ein Drittel, die Auslandsdirektinvestitionen fielen von 130 Milliarden Dollar im Jahr 2000 auf 108 Milliarden Dollar im Folgejahr. Parallel zu diesem Schrumpfungsprozess vollzog sich eine Konzentrationsbewegung. Zwei Drittel der Direktinvestitionen konzentrieren sich auf nur mehr fünf Länder - Argentinien, Brasilien, China mit Hongkong, Mexiko und Südkorea.

Welche Zukunftsperspektiven bleiben unter solchen Umständen für Afrika? Die afrikanischen Länder erfüllen keine der Bedingungen, die als unerlässliche Voraussetzungen für eine Eingliederung in die globalisierte Weltwirtschaft gelten. Der Anteil ihrer Industrieproduktion am Bruttosozialprodukt und am Ausfuhrvolumen ist zu gering, der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten ist ihnen verschlossen, und die ausländischen Investitionen sind kaum der Rede wert. In Afrika sank das industrielle Wachstum von 8 Prozent in den 1960er- auf 1 Prozent in den 1990er-Jahren. Dieser Rückgang erklärt sich teils durch den Verlust von Auslandsmärkten, teils durch höhere Transport-, Versicherungs- und Telekommunikationskosten. Letztere gehören zu den höchsten der Welt, sie untergraben die Wettbewerbsfähigkeit der afrikanischen Industrie und verschlingen im Durchschnitt 15 Prozent der Exporteinnahmen (in den von anderen Ländern umgebenen Staaten bis 25 Prozent, in den übrigen 5,8 Prozent). So sank der Anteil Afrikas am Welthandel, der schon 1990 bei nur 3 Prozent lag, auf 1,7 Prozent im Jahr 2001, wobei fast ausschließlich Rohstoffe und Grunderzeugnisse exportiert wurden.

Mit der ständigen Verletzung der internationalen Handelsregeln durch die Industrieländer, die mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation die Öffnung der afrikanischen Märkte für Industrieprodukte und subventionierte Agrarerzeugnisse erzwingen, werden die afrikanischen Landwirte und Unternehmer in den Ruin getrieben. In den wenigen Ländern, in denen sich eine Industriestruktur ansatzweise entwickeln konnte, wie in Kenia und in Simbabwe, haben die auf den Markt strömenden Billigimporte die ersten Erfolge schon wieder zunichte gemacht.

Auch Finanzierungsmöglichkeiten sind nur begrenzt - wenn überhaupt - vorhanden. Südlich der Sahara haben nur Südafrika, Botswana und Senegal Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten. Allen anderen Ländern Schwarzafrikas ist es verwehrt, auf den internationalen Kapitalmärkten Geld aufzunehmen und diese Mittel nach eigenem Gutdünken auszugeben. Denn das Sesam-öffne-dich für diese Märkte wird exklusiv von den privaten Rating-Agenturen⁷ vergeben. Abgesehen von bilateralen Finanzierungsabkommen bleibt den allermeisten Ländern des schwarzen Kontinents also keine ande-

⁴ dt. Bodo Schulze; zuerst veröffentlicht in Le Monde diplomatique Nr. 6798 vom 12.7.2002

⁵ Ökonom, Senegal.

⁶ Zu den emerging markets gehören vor allem die so genannten Schwellenländer, die nicht nur der "Unterentwicklung" entwichen sind, sondern auch eine "Börsenkultur" entwickelt haben. Klassische Beispiele sind etwa Argentinien, Mexiko, Hongkong, Brasilien, Taiwan, China und Singapur.

⁷ Siehe Ibrahim Warde, "Private Rating Agenturen evaluieren die Staaten der ganzen Welt", Le Monde diplomatique, Februar 1997



re Wahl, als ihre Entwicklungsfinanzierung mit den Bretton-Woods-Institutionen⁸ und der Afrikanischen Entwicklungsbank auszuhandeln. Die von ihnen gewährten Kredite laufen üblicherweise unter dem Titel "Finanzhilfe".

Solche "Finanzhilfen" entsprechen dem Entwicklungsbedarf der armen Länder jedoch am allerwenigsten. Und tatsächlich werden diese zweckgebundenen Kredite in erster Linie für den Import von Waren und Dienstleistungen aus den Geberländern genutzt. Sie fließen in Projekte, die auf die Exportbedürfnisse der Kreditgeber abgestimmt sind und die wirklichen Bedürfnisse der Empfängerländer kaum berücksichtigen. Mitunter werden diese Gelder für die Zahlung von Zinsrückständen verwendet, um mittels Umschuldung an weitere Kredite heranzukommen. Resultat dieser diskriminierenden Behandlung war die kolossale Schuldensumme von 335 Milliarden Dollar, wobei Rückzahlung und Zinsendienst für diese Kredite zur Quelle weiterer Verarmung werden.⁹

Auch die Privatisierungsprogramme, die im Rahmen der Strukturanpassung erzwungen werden, tragen die anmaßende Handschrift der Bürokraten von Weltbank und IWF. Mangels lokaler Börsenmärkte - sie existieren nur in Südafrika, der Elfenbeinküste, Ghana, Nigeria, Kenia, Namibia, Simbabwe, Uganda, Tansania und auf Mauritius - läuft Privatisierung in den meisten Fällen schlicht auf Liquidierung hinaus. Dies gilt vor allem für die Franc-Zone, wo der Kaufpreis für öffentliche Betriebe durch die Abwertung Anfang 1994 gegen null tendierte. Auf dem Höhepunkt der Privatisierungswelle 1988-1994 brachte der Übergang halbstaatlicher Unternehmen und Versorgungsbetriebe in private Hände ganze 2,4 Milliarden Dollar in die öffentlichen Kassen, während die nicht afrikanischen Entwicklungsländer immerhin 113 Milliarden Dollar erzielten.

Doch diese Art Privatisierung glich nicht nur einem großen Betrug, sie trug - anders als in Asien und Lateinamerika - kaum dazu bei, afrikanisches Kapital aus dem Ausland zurückzulocken. Für 1991 wird geschätzt, dass sich das Fluchtkapital mit 135 Milliarden Dollar¹⁰ auf das Fünffache der Gesamtinvestitionen belief, auf das Elffache der Investitionen im Privatsektor und auf das Hundertzwanzigfache der Auslandsdirektinvestitionen. Ein Rückfluss von nur 10 Prozent dieser Summe hätte Schwarzafrika (ohne Südafrika) mehr als das Doppelte der derzeitigen privaten Investitionssumme eingebracht.

Das Volumen ausländischer Privatinvestitionen hängt grundsätzlich davon ab, welche Gewinnmargen die Investoren und zumal die multinationalen Konzerne zu erzielen gedenken. In Afrika erreichten die Profitraten 1995 bis zu 40 Prozent. Obwohl die Region damit die Rangliste der emerging markets anführte¹¹, zog der schwarze Kontinent im Jahr 2000 nur 1,1 Milliarden an Auslandsdirektinvestitionen an, der Nahe Osten hingegen 1,9 Milliarden Dollar, Südostasien 21 Milliarden Dollar, Lateinamerika 19,9 Milliarden Dollar und Europa 76,9 Milliarden Dollar¹². Zudem flossen diese unzureichenden Gelder nur in wenige Länder - namentlich Nigeria, Angola und Mosambik - und dort ausschließlich in den Rohstoffsektor, insbesondere in den Bergbau und die Erdöl- und Erdgasförderung. Die Abhängigkeit und Ausblutung Afrikas wird also durch die systematische Ausbeutung seiner Naturressourcen perpetuiert, ohne dass produktive Investitionen erfolgen, die Arbeitsplätze und Exportmöglichkeiten schaffen würden.

⁸ Das Bretton-Woods-Abkommen wurde am 22. Juli 1944 von den damals 44 UN-Mitgliedern unterzeichnet (darunter also noch nicht die Achsenmächte Deutschland und Japan). Mit Ausnahme der Sowjetunion und der Länder des sozialistischen Blocks wurde das Abkommen von allen Signatarstaaten ratifiziert. So entstanden die beiden "Institutionen von Washington", der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank.

⁹ Dazu Colette Braeckman, "Simbabwe: Günstlingswirtschaft als Landreform", *Le Monde diplomatique*, Mai 2002, sowie Eric Toussaint, "Die fatale Schulden Spirale", *Le Monde diplomatique*, September 1999.

¹⁰ Siehe dazu "Left out in the cold", *Financial Times*, 20. Mai 1996.

¹¹ "Reforms catch the eyes", *Financial Times*, 20. Mai 1996.

¹² HSBC's World Economic Watch, 11. Oktober 2001 (ein Informationsdienst der Hongkong and Shanghai Banking Corporation). Der HSBC-Bericht stützt sich auf Statistiken des Bureau of Economic Analysis des Handelsministeriums der USA.



Diese dramatische und ungerechte Situation macht eine Überarbeitung der Entwicklungs- und Entschuldungsstrategien im Grunde unumgänglich. Ein Rekonstruktionskonzept, das diesen Namen verdient, müsste folgende Komponenten enthalten: den Transfer von Technologien, den Aufbau von Infrastrukturen, Institutionen und Industrien durch zinsgünstige Kredite sowie die Öffnung der Industrieländer für afrikanische Exporte. Als flankierende Maßnahme müssten die afrikanischen Länder für eine Übergangszeit die Erlaubnis erhalten, ihren Binnenmarkt selektiv abzuschotten. Mit genau diesen Mitteln schaffte Europa seinen Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Gelder aus dem Marshallplan flossen und die einheimische Industrie und Landwirtschaft gegen US-Importe geschützt wurde. Genau dasselbe Konzept befolgten einige (ehemalige) Entwicklungsländer wie China, Indien und Südkorea.

Einen solchen Aktionsplan hat die Vollversammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) bereits 1980 vorgeschlagen. Damals erarbeiteten Experten des schwarzen Kontinents den "Lagos-Plan" und analysierten dabei sogar die Machbarkeit eines afrikanischen Währungsfonds.¹³ Doch die Bretton-Woods-Institutionen ignorierten die beiden Initiativen großzügig und verlegten sich lieber darauf, die aus der Kolonialzeit überkommene Wirtschaftsstruktur zu verewigen und zu stärken - zum Wohle des transatlantischen Handels und zum Nachteil der binnenafrikanischen Handelsbeziehungen.¹⁴

Ganz auf dieser Linie liegt auch der jüngste Aufbauplan für Afrika, den der OAU-Gipfel von Lusaka (Sambia) am 11. Juli 2001 unter dem Titel "Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung" beschlossen hat.¹⁵ Im Mittelpunkt steht die Finanzierung von vier Schlüsselbereichen: Infrastruktur, Landwirtschaft, Bildung und Gesundheit. Den Löwenanteil der dafür benötigten Gelder sollen die internationale Gemeinschaft und ausländische Investoren aufbringen. Damit begibt sich Afrika ins Fahrwasser des Globalisierungsliberalismus und macht eben jene Bretton-Woods-Institutionen zu Bauherren, die nach der Pfeife der multinationalen Konzerne tanzen. Bezeichnenderweise soll Ex-IWF-Chef Michel Camdessus als Koordinator fungieren. Dieser Plan ist wider den gesunden Menschenverstand, denn die afrikanischen Gesellschaften erfüllen keine der Bedingungen, die für eine erfolgreiche Eingliederung in die globalisierte Weltwirtschaft erforderlich sind.

Sogar Südafrika - das einzige Land des Kontinents, dessen Produktionspotenzial auf dem Weltmarkt mithalten kann - dürfte zu den Globalisierungsverlierern gehören. Seit Abschaffung der Apartheid 1989 zogen sich zahlreiche führende Unternehmen - Anglo American, Billiton, AngloGold, South African Breweries, Old Mutual, Dimension Data und Sappi - von der Johannesburger Börse zurück und ließen sich in London oder New York nieder. Die Steuereinnahmen gingen zurück, eine Kapitalflucht setzte ein, und der Rand verlor bis Dezember 2001 gegenüber dem Dollar etwa 40 Prozent seines Wertes.

Es gehört wohl zum guten Ton, von Schuldenerleichterung und Schuldenerlass zu sprechen, aber damit sind die Schwarzen abermals in die Rolle von Bittstellern gedrängt. Und damit gerät auch in Vergessenheit, dass die mit den internationalen Institutionen eingegangenen Verträge nicht eingehalten wurden. Zahllose Post-Evaluierungs-Berichte bestätigen, dass die meisten Projekte, die von multilateralen Banken finanziert wurden, ihr Ziel verfehlt haben.¹⁶ Nun ist die Vergabe von Krediten eine Finanztransaktion, und wenn eine Finanztransaktion einem der Vertragspartner zum Nachteil gereicht,

¹³ Siehe "Un fonds monétaire africain, pour quoi faire?" Le Monde diplomatique, August 1986.

¹⁴ Siehe "Souhaitable union des économies africaines", Le Monde diplomatique, September 1995.

¹⁵ Die Nepad entstand aus der Verschmelzung des "Millennium African Renaissance Programme" (MAP) der Staatspräsidenten Südafrikas, Algeriens und Nigerias - Thabo Mbeki, Abdelaziz Bouteflika und Olusegun Obasanjo - mit dem Omega-Plan des senegalesischen Präsidenten Aboulaye Wade.

¹⁶ Dazu Joseph E. Stiglitz, "Die Schatten der Globalisierung", Le Monde diplomatique(,) April 2002. Das gleichnamige Buch bei Siedler (Berlin) 2002.



so hat er das Recht - und die Pflicht - die im Kreditabkommen festgeschriebene Schiedsklausel geltend zu machen und Entschädigung zu verlangen.

Es mag vermessen erscheinen, von einer Geisel zu verlangen, die Schergen, in deren Hand sie sich ohne Hoffnung auf Befreiung befindet, vor Gericht zu zitieren. Doch würde auch nur ein Land diesen Schritt wagen, wäre damit ein Präzedenzfall geschaffen. Ein afrikanischer Staatsführer, der dazu den Mut aufbringt, müsste allerdings zu jenen Menschen gehören, die den Reichtum ihres Landes als Erbe der Vergangenheit betrachten, das sie zum Wohle kommender Generationen zu pflegen und möglichst zu vermehren haben. Die meisten afrikanischen Staatsmänner belasten die Zukunft ihres Landes und ihrer Bevölkerung jedoch mit schweren Hypotheken, um in den Genuss kurzfristiger Dividenden zu gelangen. Sie schüren ethnische Konflikte, manipulieren die Verfassung, fälschen Wahlergebnisse und halten Improvisation und kurzfristiges Herumlavieren für Regierungskunst. Ihr einziges Anliegen ist es, politisch zu überleben und an der Macht zu bleiben. Die Tiefe der Misere lässt sich auch daran ermessen, dass die Probleme, die 40 Jahre nach erreichter Unabhängigkeit die meisten Völker Afrikas noch immer zu "Verdammten dieser Erde" machen, nach wie vor ungelöst sind - oder sich sogar noch verschärft haben.¹⁷

¹⁷ Siehe Aminata Traoré, "Le Viol de l'imaginaire", Paris (Actes Sud-Fayard) 2002. Die "Verdammten dieser Erde" bezieht sich auf das 1959 verfasste gleichnamige Buch von Frantz Fanon, das für die antikoloniale Bewegung große Bedeutung hatte (deutsch: Frankfurt Suhrkamp, 1981)

Die glänzenden Seiten des Krieges

Rohstoffausbeutung in Afrika

von Anne Jung¹⁸

Es ist gewinnbringender, einen Krieg auszubeuten als den Sieg davonzutragen. Das ist das nüchterne Fazit der nicht enden wollenden Kriege in Afrika. Nie zuvor gab es dort so viele Konflikte wie heute. »Stammeskriege« oder »ethnische Konflikte« – so fast unisono die vereinfachende Formel westlicher Erklärungsversuche. Doch die Deutungsansätze greifen zu kurz: Schaut man genauer hin, wird eine politische Ökonomie des Krieges erkennbar, deren Gewinner transnationale Konzerne, korrupte Regierungen, Nachbarstaaten, Warlords¹⁹, private Söldnerfirmen und die Eliten der jeweiligen Länder sind. Die Global Player sind dabei ebenso austauschbar wie die Handelsware oder das Land.

In den Jahren des Kalten Krieges verloren viele afrikanische Länder wie Mosambik oder Angola, die Schauplatz von Stellvertreterkriegen der Großmächte waren, weitgehend ihre geostrategische Bedeutung. Beide Großmächte reduzierten ihre finanzielle Unterstützung oder froren sie ein; damit brach die finanzielle Basis für viele Kriegsparteien zusammen. Eine Kriegsökonomie etablierte sich, welche die Kontrolle der lokalen Ressourcen und die Beherrschung des Marktes weiterhin gewährleisten konnte.

Die Rohstoff-Kontrolle sichert nicht nur die Machtstellung im Krieg, sie wurde mit der Zeit selbst mehr und mehr zur Ursache des Krieges: Ideologische und politische Gegensätze²⁰ traten hinter die kurz- und langfristigen ökonomischen Interessen zurück. Anders gesagt: Krieg muss nicht nur als Zerstörung und Verlust gesehen werden, sondern kann für bestimmte Gruppen auch profitabel sein. Diese neue Sicht auf Kriege und ihre politische und wirtschaftliche Funktion ist prägend für den Begriff der »politischen Ökonomie des Krieges«. Gemeint ist damit der Prozess, durch den bewaffnete Konflikte aufrechterhalten und Gewalt organisiert wird, um Macht, Reichtum und Armut zu schaffen und zu verteilen (vgl. den Beitrag von Philippe Le Billon in diesem Band).

Das schwer durchschaubare Geflecht der unterschiedlichen Akteure im Kampf um die Rohstoff-Kontrolle zeigt sich besonders deutlich am Beispiel des angolanischen Diamanten- und Ölhandels, aber auch andere Bürgerkriegsökonomien wie die in Sierra Leone oder der Demokratischen Republik Kongo (DRK) können die Funktionsweise der »neuen« Kriege verstehen helfen.

Ein Alptraum im Wachzustand

»Die Angolaner wurden ihrer Gegenwart, ihrer Vergangenheit und sogar ihrer Zukunft beraubt. In dieser totalen Zerstörung gibt es einen Moment, wo all das, was zum Leben gehört, zur absoluten Bewegungslosigkeit kommt. Es gibt keine Zeit mehr, sie ist eingefroren.«

So beschreibt der Schriftsteller Pedro Rosa Mendes nach einer Reise das riesige südwestafrikanische Land, mit dessen immensem Rohstoffreichtum seit drei Jahrzehnten ein Krieg finanziert wird – von der einen Seite mit Diamanten, von der anderen mit Öl.

Die Geschichte des Krieges in Angola reicht weit zurück. Deutlich über 10 Jahre dauerte allein der bewaffnete Kampf gegen die portugiesische Kolonialherrschaft. Nach der Unabhängigkeit 1974 ging die bewaffnete Auseinandersetzung in einen Bürgerkrieg zwischen der MPLA-Regierung (Volksbewegung für die Befreiung Angolas) und der Rebellenbewegung UNITA (Nationalunion für die volle Unab-

¹⁸ Politologin, arbeitet seit 1998 als Campaignerin bei der Frankfurter Hilfsorganisation medico international

¹⁹ Der Begriff »Warlords« definiert Personen, die eine Region in einem bewaffneten Konflikt kontrollieren und keinen weiteren Befehlshabern unterstehen. Die Macht des Warlords wird durch die Schwäche einer Regierung begünstigt, deren Einfluss er weiter zurückzudrängen versucht. Eine »Mischform« stellen die sog. Sobels dar (»SOLDier by day, reBEL by night«), bestehend bspw. aus Soldatengruppen, die ihren Sold lange Zeit nicht ausgezahlt bekommen und im Gegenzug nachts Dörfer überfallen.

²⁰ Dies soll im Umkehrschluß nicht heißen, dass ökonomische Interessen vor dem Zusammenbruch des Ostblocks keine Rolle gespielt hätten; sie waren nur weniger augenscheinlich, solange sie mit einem ideologischen Überbau versehen waren.



hängigkeit Angolas) über. Auch seit dem Ende der Blockkonfrontation, während der die MPLA von der UdSSR und Kuba, die UNITA von Apartheids-Südafrika und den USA in einem typischen Stellvertreterkrieg unterstützt wurden, hat Angola nur fünf Jahre eines brüchigen Friedens erlebt. Ob die nach der Ermordung des UNITA-Chefs Jonas Savimbi im Februar 2002 ausgehandelte Waffenruhe Bestand hat, wird sich in den nächsten Monaten und Jahren zeigen.²¹ Viele Angolaner sind skeptisch, ob die Absichtserklärungen dieses Mal Wirklichkeit werden.

Der Rüstungsetat des Landes beträgt ca. 1 Mrd. US-\$ und macht damit 25 % des Bruttoinlandproduktes aus²² – die Regierung leistet sich eine der größten Armeen des Kontinents. Der Krieg hat seit 1961 über 500 000 Angolanerinnen und Angolanern das Leben gekostet, Zehntausende sind nach Unfällen mit Landminen verkrüppelt. Millionen von Minen liegen noch in der Erde und stellen eine permanente Gefahr für die Bevölkerung dar.

Der Krieg erlaubt es der Regierung wie den Rebellen, die furchtbaren Folgen der Gewalt für die Zivilbevölkerung zu ignorieren. Die Menschen werden von beiden Kriegsparteien terrorisiert und ausgeplündert. In Bezug auf Bodenschätze ist Angola das viertreichste Land der Welt – und steht doch ganz vorne auf der Liste der ärmsten Länder überhaupt.

Einkommensquelle Diamanten

Haupteinkommensquelle der UNITA sind Diamanten. Aus den Verkäufen auf den Märkten Europas erzielte sie zwischen 1992 und 1998 Gewinne von mindestens 3,7 Milliarden US-\$.²³ Angolanische Diamanten gehören mit durchschnittlich 250 Dollar pro Karat (1 Karat entspricht 0,2 Gramm) zu den hochwertigsten weltweit. Wichtiger Abnehmer der UNITA war jahrzehntelang der Großkonzern De Beers. Seit 60 Jahren dominieren das südafrikanische Unternehmen und seine Central Selling Organization (CSO)²⁴ die internationale Diamantenindustrie, indem sie über 65 Prozent der weltweiten Produktion klassifizieren, bewerten und verkaufen. Im Zuge der gigantischen Werbekampagne zum Millenniumswechsel stieg das Verkaufsvolumen der CSO um 57 % auf 5,2 Mrd. US-\$.²⁵ De Beers und andere Diamantenkonzerne haben in den vergangenen Jahren mit UNITA-Diamanten Millionen verdient, die Summe lässt sich jedoch nicht exakt beziffern.

Handelsembargo und Kampagne gegen Kriegsdiamanten

Zur Unterbindung dieser Geschäfte verabschiedete der UN-Sicherheitsrat 1998 eine Resolution, die den direkten oder indirekten Export von nicht-offiziellen Diamanten aus Angola und Sierra Leone verbietet.²⁶ Das Embargo richtet sich gegen Diamanten, die kein Herkunftszeugnis («Certificate of Origin») besitzen und schließt daher die von offiziellen Regierungen – so undemokratisch oder korrupt sie auch sein mögen – gehandelten Steine nicht mit ein. Die sog. Kriegsdiamanten machen zwischen

²¹ In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Bemühungen zivilgesellschaftlicher Kräfte, die Kriegsparteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Arbeit gestaltet sich jedoch schwierig, denn der Kampf um das tägliche Überleben macht ein politisches Engagement fast unmöglich. Zudem sind die Friedensaktivisten in hohem Maße staatlicher Repression ausgesetzt. Im September 2001 gründete sich die Kampagne gegen Krieg in Angola, bestehend aus der Open Society Foundation und dem Movimento Pro-Peace, der von der katholischen Kirche getragen wird. Die katholische Kirche brandmarkt den angolanischen Krieg als Völkermord. Die Friedensbewegung hat bereits zahlreiche Appelle verfasst und sich auf Demonstrationen für das Ende des Krieges ausgesprochen.

²² Human Rights Watch spricht von bis zu 41 %. (HRW: Kontrolle der Erdöleinkünfte Angolas. In Wissenschaft und Frieden, 3/01)

²³ Auf die katastrophalen sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen in den Diamantenminen in Angola, Sierra Leone, in der Demokratischen Republik Kongo sowie in den indischen Schleifereien (Kinderarbeit!) kann hier leider nicht genauer eingegangen werden.

²⁴ Die neu gegründete und von De Beers kontrollierte Diamond Trading Company (DTC) hat mittlerweile die Central Selling Organisation abgelöst: Damit agiert De Beers nicht mehr als Kartell und kann auch in den USA und Kanada ungehindert Geschäfte machen. (Pressemitteilung 13.07.2000)

²⁵ 2000 betrug der Umsatz 5.67 Milliarden US-\$.

²⁶ Die Herkunft eines sog. Parcels ungeschliffener Diamanten kann bestimmt werden.



4 und 15 % des Welthandels aus, wobei bereits 4 % einem Wert von ca. 270 Millionen US-\$ entsprechen.

Über die skrupellose Ausbeutung von Bodenschätzen informiert medico international mit der Kampagne Fatal Transactions. Gemeinsam mit europäischen Partnerorganisationen hat sich medico zur Aufgabe gemacht

- über Geschäfte, die Kriege in Afrika in Gang halten, aufzuklären;
- internationale Unternehmen zum Rückzug aus den schmutzigen Geschäften zu bewegen und
- Konzerne, die in den vergangenen Jahrzehnten an dem illegalen Handel profitiert haben, für die Beseitigung der Kriegsschäden und die Entschädigung der Opfer verantwortlich zu machen.

Nachdem mehrere Untersuchungen seitens der UN aufzeigen konnten, dass die Sanktionen nicht zuverlässig greifen, bewies ein Fernsehteam der ARD auf spektakuläre Weise, dass das Problem mit den Kriegsdiamanten noch nicht gelöst ist²⁷. In Sambia erstanden die Journalisten problemlos illegale Diamanten aus Angola und ließen sie von korrupten Beamten mit einem gefälschten Zertifikat versehen. Ebenso problemlos fanden sich in der europäischen Diamanten-Hochburg Antwerpen potenzielle Käufer – obwohl jeder Diamantenhändler weiß, dass es in Sambia kaum Diamantenvorkommen gibt.

Auch der UN-Bericht über die Einhaltung der internationalen Sanktionen gegen die Kriegsdiamanten kommt zu dem Ergebnis, dass die Steine der Rebellenbewegung nach wie vor an die Börse von Antwerpen gelangen. Dass die UNITA dazu nicht auf De Beers angewiesen ist, war schon vor Monaten deutlich; sie nahm den Rückzug von De Beers aus Angola schulterzuckend zur Kenntnis und ließ durch ihren Pressesprecher Alcides Sakala verlautbaren: »Wer auch immer Millionär ist, wer auch immer einer Frau einen Ring an den Finger stecken möchte, wer das Geld dafür hat, der bekommt Diamanten, das ist das Prinzip.« Organisiert wird der Verkauf hauptsächlich von einem in Antwerpen operierenden Netz von Händlern und Gesellschaften, die die UNITA-Kämpfer im Austausch mit Waffen versorgen (Basler Zeitung 24.04.01)²⁸ Rafael Marques, angolischer Bürgerrechtler, spricht sogar von »Gentlemen's Agreements« zwischen Armeegenerälen und der UNITA (vgl. Marcel Hänggi in FR, 28.05.02), d.h. die beiden Kriegsparteien machen auch untereinander Geschäfte.²⁹

Raffinierter Strategiewandel

Zurück zum Diamanten-Monopolisten De Beers: Der bekundete nach der Lancierung der Kampagne Fatal Transactions, sich vollständig vom Markt in Angola und Sierra Leone zurückziehen zu wollen und damit über die Vorgaben des UN-Embargos noch hinaus zu gehen. Der Großkonzern wirbt mittlerweile mit seiner neuen Geschäftsidee der konfliktfreien Diamanten und betont: »Mit der Entscheidung, diesen Schritt zu machen, versucht De Beers, die internationalen Bemühungen für einen Frieden in mehreren afrikanischen Staaten zu unterstützen und sicherzustellen, dass der legale Diamantenhandel kein negatives Image bekommt durch die Diamanten, die von Rebellen zur Finanzierung von Kriegen eingesetzt werden.«

²⁷ Thomas Aders und Stefan Schaaf: Die blutige Spur der Diamanten, ARD 2002

²⁸ Ein Name sollte in diesem Kontext nicht unerwähnt bleiben: Lev Leview. Seine Firma Lev Leview Diamonds (LLD) ist ansässig in Tel Aviv und wird als größter Konkurrent zu De Beers angesehen (Frederic Dorce, Siona Casimiro: Diamonds. The Russian Ogre, 16.04.01). Er ist der einzige Diamantenhändler, der seine eigenen Minen besitzt. Er gehört zu den Gründern der Angolan Selling Corporation (ASCORP), der einzigen Organisation, der es z.Z. offiziell gestattet ist, mit angolischen Diamanten zu handeln (WOZ, 30.08.01). ASCORP kontrolliert ca. 10 % des Welthandels an Diamanten. Leview verfügt über hervorragende Kontakte zu den großen Waffenhändlern, vor allem in Russland.

²⁹ In Angola wird spekuliert, dass die Ermordung Savimbis so lange herausgezögert wurde, weil vor seinem Tod die von der UNITA kontrollierten Diamantenfelder unter den Regierungsgenerälen aufgeteilt werden mussten (vgl. Süddeutsche Zeitung 12.06.02).

Das Einlenken von De Beers liegt vor allem in der Angst vor einem Image schaden begründet, denn die Diamantenindustrie lebt in doppelter Hinsicht vom symbolischen Wert der Diamanten. Zum Einen verkörpern die Steine unvergängliche Liebe, Glück und Wohlstand – jeder kennt die großen Anzeigen auf Plakatwänden und in den Hochglanz-Zeitschriften. Eine Verbraucher-Kampagne gegen Diamanten aus Kriegsgebieten würde mit Sicherheit zu Umsatzeinbußen führen – blutige Diamanten sind ein zu unpassendes Geschenk zur Silberhochzeit. US-amerikanische Analysten raten bereits wegen der »drohenden Kampagne von Dritte-Welt-Gruppen« zum Verkauf von De Beers-Aktien (Handelsblatt 12.04.00). Zum anderen lebt die Branche von dem selbstgeschaffenen Mythos, die Steine seien selten. De Beers hält Vorräte im Wert von ca. 2 Mrd. US-\$ zurück, um den Preis künstlich hoch zu halten. Die Kunden bezahlen Millionen für Diamanten, deren Wert jedoch ausschließlich in der Vorstellung ihrer Käufer und Käuferinnen existiert: »Nimm den Steinen ihre symbolische Kraft und der gesamte Markt bricht zusammen.« (Stan Correy, Diamanten- Experte).

Die Stabilität des Diamantpreises ist zusätzlich durch die Konkurrenz aus dem informellen Sektor gefährdet – durch den illegalen Markt schwer kontrollierbarer Diamantenschmuggler und Kleinförderer. Schon vor Jahren hat De Beers Söldner- firmen beauftragt, die Schmuggelroute zwischen Sierra Leone und Liberia zu unterbrechen, um die Kontrolle über den Markt zu sichern. Die neue Strategie ist besser durchdacht: De Beers befürwortet die Einhaltung des Embargos und versucht damit, konkurrierende Förderer mit Hilfe von Standards vom Markt zu drängen, die andere Händler nicht erfüllen können. Der Diamanten-Experte Ed Epstein, Autor des Buches »The Rise and Fall of Diamonds«, wirft De Beers sogar vor, die Sanktionspolitik der UN zu funktionalisieren: »Mit der Unterstützung des UN-Embargos hat De Beers die UN auf sehr effektive Weise dazu verwendet, als Polizei den Job zu übernehmen, den bislang Söldner und Diktatoren übernahmen: den Markt von billigen Diamanten freizuhalten.« (Comtex 24.08.00) Ein Sprecher des Hohen Diamantenrats – des wichtigsten offiziellen Gremiums der Diamantenhändler – warnt unverblümt: »Wenn man die Entwicklung Angolas zu einem der größten Diamantenproduzenten der Welt aufhalten will, muss man es jetzt tun.« (taz 13.03.00) Die veränderte Haltung von De Beers entpuppt sich so als geschickter Schachzug, den Markt wieder in den Griff zu bekommen. Nicht mehr Söldner, sondern die UN sorgen dafür, die eigene Marktstellung zu sichern.

Eine Folge der Einhaltung des Embargos ist die weitere Marginalisierung der Armutbevölkerung in Grenzregionen, denn der Diamantenschmuggel bewegt sich in der Sphäre zwischen informeller und organisierter krimineller Ökonomie (s.u.). Wird der Kleinschmuggel in den Grenzregionen z.B. zu Sambia unterbunden, können Diamanten nicht mehr als Zahlungsmittel eingesetzt werden. In Ländern mit prekären Währungen sind Diamanten jedoch ein wertbeständiges Zahlungsmittel, das sich dem Zugriff der Regierungen weitgehend entzieht. Mit der konsequenten Durchsetzung des Embargos würden die im informellen Sektor gehandelten Diamanten einen Großteil ihres Wertes verlieren, weil keine Käufer mehr gefunden werden. Auf diese Problematik wird von medico international seit dem Start von Fatal Transactions immer wieder offen verwiesen. In Zeiten globalisierter Weltwirtschaft funktionieren Rohstoff-Kampagnen nicht mehr nach dem alten Muster »Hier steht der Feind, dort ist unsere Lösung«. Es gilt immer wieder aufs Neue, Widersprüche und Brüche der eigenen Strategien zu benennen und abzuwägen, ob das Ziel einer Kampagne nicht mit einem zu hohen Preis bezahlt wird. Die konsequente Parteinahme für die Opfer des Krieges muss immer oberste Priorität haben.

Machen diese dargestellten Probleme und Widersprüche die Kampagne gegen Kriegsdiamanten nutzlos? »Nein« meint der Schweizer Journalist Marcel Hänggi, »sie hat Möglichkeiten und Grenzen einer Marktregulierung für kriegsrelevante Güter aufgezeigt. Und sie haben ein Bewusstsein geschaffen für eine Thematik, die sich auf andere Waren übertragen ließe, die Kriege finanzieren: Erdöl, Holz, Coltan, Drogen... «. (Marcel Hänggi: Blutdiamanten. In: medico-Rundschreiben 01/02)

Der Kimberley-Prozess

Die Angst vor einem Imageschaden hat nicht nur De Beers, sondern auch die offiziellen Gremien in der Diamantenindustrie handeln lassen. Auf dem World Congress of Diamonds Ende Juli 2000 in Antwerpen wurde beschlossen, in Zukunft keine Schlupflöcher für Kriegsdiamanten zu lassen: Händler, die mit nicht-zertifizierten Steinen Handel treiben, sollen auf eine schwarze Liste gesetzt und von allen 23 Diamantenbörsen ausgeschlossen werden. Zudem sollen weitere Prüfinstanzen, besetzt mit internationalen Experten, eingeführt werden. Unterzeichnet wurde die Resolution vom Internationalen Diamantenherstellerverband und dem Weltbund der Diamantenbörsen.

Die Diamanten-Industrie beteiligt sich auch an dem von NGOs (Nichtregierungsorganisationen) initiierten Kimberley-Prozess (benannt nach der berühmten Diamantenmine in Südafrika), dessen Ziel die Erörterung, Erarbeitung und Implementierung eines globalen Zertifizierungssystems für den Import und Export von Rohdiamanten auf der Grundlage nationaler Initiativen ist. Beteiligt sind Vertreter von 38 Regierungen sowie der Hohe Diamantenrat, UN-Vertreter und NGOs. Gemeinsam wurde inzwischen ein ausführlicher Richtlinienkatalog erarbeitet, der die Einhaltung des Embargos sicherstellen soll. Dieser Katalog orientiert sich am UNEmbargo, d.h. er beschränkt sich auf den Handel, mit dem Rebellen-Bewegungen ihren Kampf gegen offizielle Regierungen finanzieren.

Der Richtlinienkatalog sollte nicht zu positiv bewertet werden, denn ein Faktum bleibt bestehen: »Der Beruf der Diamanthändler war es seit jeher, möglichst billig Steine einzukaufen – Steine, die oft unter Sklaverei-ähnlichen Bedingungen geschürft wurden. Sollten diese Leute sich plötzlich für Menschenrechte interessieren?« (Christian Dietrich vom belgischen Forschungsinstitut ipis). Solange keine effektiven Kontrollen vorhanden sind und keine Händler bestraft werden, bleiben die Ankündigungen der Industrie nur Lippenbekenntnisse. Effektive Kontrollen aber sieht der Kimberley-Prozess nicht vor. »Einen guten Wachhund ohne Zähne« nannte Judith Sargentini, die internationale Koordinatorin von Fatal Transactions, daher das bisherige Ergebnis, das es auch dem deutschen Bundesverband der Juweliere erlaubt, sich nur unpräzise zu äußern: »In aller Regel kaufen auch die dem Einzelhandel angeschlossenen Mitgliedsbetriebe ihren Diamantenschmuck bei Diamantenschleifereien und Diamantenhändlern, die absolut vertrauenswürdig und seriös sind.« (Antwort-Brief vom 18.07.01 nach einer Anfrage von medico international) Welche Ausnahmen die Mitgliedsverbände vorsehen, wurde nicht ausgeführt.

Aufgrund der unzureichenden Einhaltung des Embargos bleiben folgende Forderungen der Kampagne Fatal Transactions aktuell:

- Alle Diamantenkonzerne, Händler und Regierungen müssen ihren Handel transparent gestalten.
- Die am Diamantenhandel beteiligten Akteure müssen verpflichtet werden, mit unabhängigen Prüfinstanzen – unabhängigen Experten – zusammenzuarbeiten.
- Diamantenhändler, die sich nicht an das Embargo halten, sollen auf eine schwarze Liste gesetzt und von allen Diamantenbörsen ausgeschlossen werden.

Waffen für Rohstoffe

Internationale Rüstungsfirmen und einzelne Waffenhändler sorgen dafür, dass die Kriege in Afrika nicht aus Nachschubmangel zum Erliegen kommen. Die Händler machen – legale oder illegale – Geschäfte mit beiden Kriegsparteien und lassen sich teilweise in Handelskonzessionen bezahlen oder liefern sogar, wie das Beispiel der Demokratischen Republik Kongo (DRK) zeigt, militärische Dienstleistungen: Im Sommer 2000 hat die kongolesische Regierung mit der israelischen Firma International Diamond Industries (IDI) einen Vertrag geschlossen, nach dem Israel Soldaten des afrikanischen Landes ausbilden und im Gegenzug eine Lizenz zur Vermarktung kongolesischer Diamanten erhalten

soll. Die Förderlizenz brachte Präsident Joseph Kabila, der 2000 ermordet wurde, einen Gewinn 20 Millionen US-\$ ein. 15 einheimische Diamantenagenturen mussten schließen.

Verschiedene Rebellengruppen kämpfen seit den 90er Jahren gegen das Regime in der Hauptstadt Kinshasa. Der Konflikt dreht sich um die Kontrolle und den Verkauf von fünf Schlüsselmineralien; neben Diamanten und Gold findet sich in der DRK Kupfer, Kobalt und das seltene Coltan (s.u.). Der Reichtum des Landes weckte nicht nur die Profitgier der Regierenden – Präsident Mobutu bereicherte sich zum Multimilliardär, ebenso sein 2001 ermordeter Nachfolger Kabila – sondern auch der Nachbarländer. So kämpfen Angola, Namibia und Simbabwe auf der Seite der Regierung. Die östlichen Nachbarn – Burundi, Ruanda und Uganda – unterstützen verschiedene Rebellengruppen. Trotz des Friedensabkommens von 2001 wird im Osten des Landes weiter gekämpft.

»Waffen für Diamanten« lautet der Deal von Liberias Präsidenten Charles Taylor und Burkina Fasos Staatsoberhaupt Blaise Compaoré. An beide schickte Foday Sankoh, Führer der Rebellengruppe RUF (Revolutionary United Front) aus Sierra Leone seine Einkaufslisten für Waffen, Munition und Lebensmittel. Compaoré geriet früher schon in die Schlagzeilen, weil er die angolische UNITA unter Bruch des Embargos mit Waffenlieferungen unterstützte. Durch die Kontrolle der Diamantenvorkommen war die UNITA nicht nur in der Lage Waffen zu kaufen, sie erhielt auch diplomatische und logistische Unterstützung von regionalen Führern wie Taylor oder Compaoré.

Nicht nur die afrikanischen Nachbarstaaten, auch viele Länder im Norden verdienen an den afrikanischen Bürgerkriegen. Frankreich wurde im Jahr 2000 von einem Skandal erschüttert: Jean-Christophe Mitterand, Sohn des früheren Präsidenten Frankreichs, verschaffte als Leiter der sog. Afrika-Zelle französischen Waffenhändlern Kontakte zur angolischen Regierung und half, illegal russische Waffen nach Angola und in die DRK zu liefern (FR 21.12.00). In diesem Skandal war nicht nur Mitterand, sondern auch Öl-Konzerne (s.u.), internationale Banken und französische wie angolische Beamte aus den höchsten Reihen involviert (The Guardian 27.12.00).

Der einflussreiche Waffenhändler Pierre Falcone diente als Zwischenhändler: »Es gibt einen eindeutigen Zusammenhang zwischen den Waffenverkäufen Falcones und der verbesserten Beziehung zwischen Frankreich und Angola«, schreibt eine französische Menschenrechtsgruppe. (Angolagate 11.01.02) Sonia Falcone, Geschäftsfrau und verheiratet mit dem Waffenhändler, hält enge Kontakte zu US-Präsident Bush und hat seinen Wahlkampf mit mehreren Millionen US-\$ unterstützt. Der Kreis schließt sich. Der Handel mit Waffen ist einer der wichtigsten Reproduktionsmechanismen der nicht enden wollenden Kriege. Ohne die Verhängung eines strengeren Waffengesetzes ist eine Lösung nicht in Sicht. Die bislang unverbindlichen Verhaltensregeln der UN müssen endlich in verbindliche Rechtsvorschriften gegossen werden, die eine Kontrolle des Endverbleibs von Waffen international möglich machen. Nur so lässt sich verhindern, dass nationale und internationale Kontrollen immer wieder unterlaufen werden. (vgl. Steve Wright in: Le monde diplomatique 16.02.01)

Öl für den Krieg

Öl ist neben Gold und Diamanten einer der wichtigsten Rohstoffe zur Finanzierung von Kriegen, z.B. im Sudan oder in Angola. Die MPLA-Regierung Angolas unter Staatspräsident José Eduardo dos Santos (s.o.) ist existenziell auf den Ölexport angewiesen. Die Erdölförderung bringt 94 % der Exporterlöse ein und ist damit der wichtigste Devisenbringer. Nach neuen Funden wird Angola bald zum größten Erdölexporteur Afrikas südlich der Sahara aufsteigen. Öl im Wert von 11 Millionen US-\$ wird schon jetzt täglich gefördert. Die erwarteten Jahres-Einnahmen für die Regierung in Luanda zwischen 2003 und 2010 liegen zwischen 3 und 8 Milliarden US-\$.

Die guten Rahmenbedingungen – die Ölfelder liegen vor der Küste (offshore, in sogenannten Blocks) und damit außerhalb der Reichweite der UNITA – locken immer mehr Investoren ins Land. Die Namen der bedeutendsten unter ihnen: Chevron, Elf Aquitaine, BP-Amoco, Shell und Exxon/Mobil. »Wir sind

in der Lage, Angola beim Wachstum seiner Ökonomie zu helfen und die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen«, ließ Chevron-Direktor Richard Matzke verlauten. Keine Rede davon, dass die Öleinnahmen von der Regierung vorab verpfändet wurden, da sie jene Waffenkäufe ermöglichen, die den Krieg seit Jahrzehnten verlängern.³⁰ Die Abhängigkeit der angolanischen Regierung macht sie für die Ölkonzerne zu einem willkommenen Handelspartner.

US-amerikanische Konzerne haben 8 Milliarden DM in Angola investiert, das derzeit 8 % des amerikanischen Öl-Bedarfs deckt.³¹ Auf 16 % soll dies bis zum Jahr 2005 gesteigert werden. Die Ölfunde in Angola waren für die USA Grund genug, nach über 20 Jahren auch politisch auf die Seite der MPLA zu wechseln und die Unterstützung der UNITA aufzugeben.³²

Kredite gegen Öl gegen Waffen

Eine Studie der britischen Organisation Global Witness hat aufgedeckt, dass einige Ölfirmen (Elf, Chevron, Agip) gleich doppelt von dem Handel mit Angola profitieren, in dem sie einerseits Öl exportieren und andererseits Waffen – zumeist über Zwischenhändler – importieren. So musste der Direktor von Elf-Aquitaine in Angola zugeben, dass sein Vorgänger jahrelang illegal Waffen für die UNITA gekauft und nach Angola geschmuggelt hat. (epd-Entwicklungspolitik 1/2001) Der Öl-Multi BP gab zu, er habe 111 Millionen US-\$ Bestechung für Bohrrechte in Angola bezahlt.

Der angolanische Bürgerrechtler Rafael Marques greift die Haltung der transnationalen Konzerne und Banken an: »Der Krieg ist nicht nur ein angolanisches Problem, sondern auch ein internationales. Einige Länder heizen den Konflikt in Angola noch an. Die Amerikaner können nicht hier nach Öl suchen, ohne sich an irgendwelche Moralvorstellungen halten zu müssen. Die Regierung sagt ihnen: Kümmert euch nicht drum... In Angola können Leute gut Geschäfte machen. Moral spielt keine Rolle.« (Angola – ein angolanisches Kosovo. Ein Film von Stefan Schaaf 1999) Ende 2001 wurde ein Korruptionsskandal aufgedeckt, der auch für angolanische Verhältnisse ungewöhnlich war: Sage und schreibe ein Drittel der Öleinnahmen des Jahres 2000 – 1,5 Milliarden US-\$ – sind aus den offiziellen Büchern verschwunden. Dies wurde nach einer Untersuchung des Internationalen Währungsfonds (IWF) bekannt. Die Öleinkünfte sind offenbar in dem »Bermudadreieck« zwischen der staatlichen Ölgesellschaft Sonangol, dem Finanzministerium und dem Umfeld des Präsidenten verschwunden. Die internationalen Öl-Multis sind Komplizen in diesem Geschäft: Da sie keine Zahlen über ihr Angola-Geschäft veröffentlichen, ermöglichen sie diesen Raub an der angolanischen Bevölkerung.

In der Hauptstadt Luanda wird das verschwundene Geld, die »personal empires« (Christian Dietrich, ipis) sichtbar. Designerboutiquen wie Prada oder Armani haben in Luanda ihre Pforten geöffnet. Die Preise sind auch für westliche Verhältnisse unerschwinglich. Hier kauft die Elite des Landes, die mit Luxuskarossen durch die von Bettlern und Krüppeln gesäumte Innenstadt fährt: »In Luanda, wo alles aus Abfall, Schutt, heruntergekommenen Gebäuden und Straßen besteht, und gigantische Vorstädte das umgürten, was von einer früher sehr modernen Stadt übriggeblieben ist, gibt es ein paar Hundert Privilegierte mit einem geradezu obszönen Lebensstandard.

Ein Ökonom meinte: »Wer hier reich ist, ist es auf der ganzen Welt.« Wie wahr. Hier findet man die teuersten Autos Afrikas. [...] Autos sind das Lieblingsspielzeug der Politiker. Der Spitzname für die

³⁰ Auch deutsche Banken halfen der staatlichen angolanischen Ölgesellschaft Sonangol durch großzügige Kreditvergabe bei der Ausbeutung der Ölquellen. Als Teil eines europäischen Konsortiums (geführt von der Schweizer UBS-Bank) wurden 310 Millionen US-\$ zur Verfügung gestellt.

³¹ Damit ist Angola als Handelspartner für die USA wichtiger als Kuwait; diese 8 % entsprechen 62,7 % des angolanischen Exports.

³² Die USA finanzierten den Krieg der UNITA bis zum Beginn der 90er Jahre mit 60 Millionen US-\$ jährlich (New York Times, 14.01.01).

Nationalversammlung ist Auditorium.³³ Der Lifestyle dieser Stadt ist die Korruption selbst.« (Pedro Rosa Mendes in Lettre 52, 2001)

In jedem Handy steckt der Krieg im Kongo³⁴

Einer der Rohstoffe, um den die Kriegsparteien in der DRK kämpfen, ist Coltan. Der Stoff enthält das seltene Metall Tantal, wird in der Computer- und Kommunikationstechnologie verarbeitet und wurde deshalb vom Pentagon als »strategisches Gut« eingestuft. Coltan ist unverzichtbarer Bestandteil von Mobiltelefonen oder Spielkonsolen. Ein Netz von Geschäftsleuten nutzt die unüberschaubare Kriegssituation aus, kauft allen Kriegsparteien Coltan ab und leitet es an Konzerne im Norden weiter. Der Preis für ein Kilo lag Ende 2000 bei 360 US-\$.

Die zügellose Ausbeutung der Rohstoffe ist die treibende Kraft hinter dem Krieg in der DRK, der Armeen und Milizen aus sechs Ländern (s.o.) ins Land gelockt hat. »Der Kongo wird systematisch ausgeplündert«, stellt die UN in einem Bericht fest, der die USA und Deutschland als wichtigste Kunden der Coltan-Dealer ausmacht. Deutsche Firmen wie die Bayer-Tochter H.C. Starck und die BASF-Tochter Kraft sind an der Förderung, der Verarbeitung und dem Handel mit dem wertvollen Stoff beteiligt. Starck soll nach Angaben der Washington Post der wichtigste Handelspartner sein. Der UN-Bericht kommt ungewohnt deutlich zu dem Ergebnis, dass Sanktionen gegen alle Länder verhängt werden müssten, die an der illegalen Ausfuhr von Gütern aus der DRK beteiligt sind. Profi teure müssten darüber hinaus zu Reparationszahlungen verpflichtet werden (dpa, 16.04.01) Doch so skrupellos die Geschäfte mit dem kongolesischen Reichtum sind, es gibt bislang keinen Beschluss der internationalen Gemeinschaft, der sie verbietet.

Sicherheit wird zur Ware

Bei der Kontrolle von Bodenschätzen stehen Privatarmeen (»Private Military Companies«, PMCs) und private Sicherheitsdienste den Großkonzernen und den Warlords in Afrika und anderswo zur Seite. Sie tragen maßgeblich zur Stabilisierung von Bürgerkriegsökonomien bei. Das Ende des Ost-West-Konflikts und die Dynamik der neoliberal geprägten Globalisierung hat in den Ländern zu Entstaatlichung und zur Aushöhlung der regulären Ökonomien geführt, in die private Sicherheitsakteure eindringen. Die reguläre Ökonomie verliert in diesem Prozess zunehmend an Bedeutung gegenüber dem informellen Sektor und kriminellen Netzwerken, die global operieren. »Dadurch entstehen sog. gewalttätige Räume, die privaten Sicherheitsanbietern ungeahnte Möglichkeiten der Entfaltung und Expansion eröffnen« (Peter Lock in Brühl 2001, S.202). Das Geschäft mit der privaten Sicherheit ist nicht neu, aber die Ausweitung ihrer Kompetenzen stellt eine neue Dimension dar.

Ein besonders hoher Bedarf an privater Sicherheitsdienstleistung findet sich in Ländern, die für den Weltmarkt von Interesse sind. In Angola z.B. hat die Regierung verfügt, dass sich alle Konzerne und Hilfsorganisationen selbst um ihre Sicherheit zu kümmern haben. Die Beschäftigung eines Sicherheitsdienstes ist dort Pflicht. Darüber hinaus haben die angolische Regierung und Konzerne die PMC Executive Outcomes (EO) beschäftigt, um die Rohstoffkontrolle sicherzustellen. Executive Outcomes aus Südafrika wurde 1989 gegründet und war lange Zeit Marktführer in der privaten Sicherheit. Mittlerweile hat sich der Konzern offiziell aufgelöst und ist in verschiedenen Tochterfirmen aufgegangen. Die Angebotspalette umfasst nach wie vor sämtliche militärische Dienstleistungen, die für einen Bodenkrieg notwendig sind. 1992 hat EO für die in Angola operierenden Ölgesellschaften Gulf Chevron und Petrangol Ölfelder von der UNITA zurückerobert. Zwei Jahre später eroberten die Söldner die

³³ Ein Audi der Luxusklasse war neben mehreren zehntausend US-\$ das Weihnachtsgeschenk des Präsidenten an alle Parlamentsabgeordneten im Jahr 1999.

³⁴ Titel entnommen von Dominik Johnson: Erzfeinde im Coltan-Rausch. In: taz 22.12.2000.

Diamantenzentren Saurimo und Cafunfo in der Provinz Lunda Norte von der UNITA zurück.³⁵ Hauptgewinner dieser Operation war De Beers – der Konzern beobachtete mit wachsendem Unmut die Kontrolle der UNITA über die Diamantengebiete – sowie der mit EO assoziierte Konzern Diamond Works. Auch die angolanischen Eliten verdienten gut an diesem Einsatz (Malte Rauch: Killer GmbH und Co. ARD 1998).

Mit dem Phänomen privater Sicherheitsfirmen hat sich ein Markt herausgebildet, in dem militärische Offensiven, wirtschaftliche Ambitionen und teilweise humanitäre Erwägungen ineinander greifen. Im Namen einer neoliberalen Ideologie verteidigen Privatmilizen die Investitionen und Werte der transnationalen Konzerne; sie sind der militärische Arm imperialistischer Handelsstrukturen.

Krieg als Produktionsform

Die Gewinner der »neuen Kriege« um die afrikanischen Rohstoffe sind benannt worden: Transnationale Konzerne, korrupte Regierungen, Nachbarstaaten, Warlords, Schmuggler, private Sicherheitsfirmen und die Eliten der jeweiligen Länder. Sie konkurrieren oder kooperieren – je nach Bedarf – und halten damit die Funktionsfähigkeit der Kriegsökonomie aufrecht. Die Reproduktionsmechanismen des Krieges reichen von Raub und Plünderung über Schutzgelderpressung, illegalem und legalem Export von Rohstoffen, Drogen-, Menschen- und Waffenhandel, Zwangsabgaben bis zur Aneignung humanitärer Hilfsgüter. Zumeist eine Kombination mehrerer derartiger Einkommensquellen verhindert, dass kriegerische Konflikte in die wirtschaftliche Erschöpfung einer Seite münden.³⁶ (vgl. Peter Lock, epd 6/2001) Die Liberalisierung des Weltmarkts erleichtert den transnationalen Konzernen den Handel – ein Folge der wirtschaftlichen Globalisierung. Diese setzt sich, so der Konfliktforscher Peter Lock, aus drei Sphären zusammen, aus der regulären, der in formellen und der offen kriminellen Ökonomie³⁷.

Diese drei Sphären sind eng miteinander verflochten; ein Akteur der kriminellen Sphäre kann Waren in die reguläre Ökonomie einschleusen (z.B. Diamanten), und legal produzierte Waren wie Waffen gelangen in die kriminelle Sphäre (z.B. zur UNITA). Je größer der Sektor der in formellen Ökonomie ist, desto besser sind die operativen Bedingungen für kriminelle Akteure. Würden Kriegsökonomien auf eine in kontrollierten rechtlichen Bahnen verlaufende Weltwirtschaft stoßen, hätten wirtschaftskriminelle Akteure wenig Chancen, Devisen zu erwirtschaften und als Käufer auf Schwarzmärkten aufzutreten. Rebellenbewegungen benötigen immer Hehler, die Waren von der kriminellen in die reguläre Wirtschaft einschleusen, und sie zahlen dafür saftige Abschläge. Aber auch die offiziellen Regierungen von Kriegsgesellschaften rutschen schnell in die kriminelle Sphäre ab: Um die militärische Auseinandersetzung aufrecht erhalten zu können, werden alle nicht-militärischen Ausgaben stark gekürzt; dies verschärft die soziale Destabilisierung. Zudem werden verfügbare Rohstoffe und deren Abbaurechte oft zu Dumpingpreisen auf den Markt geworfen, was die Auslandsverschuldung in die Höhe schnellen lässt. Der »nationale Notstand« lässt die letzten Dämme gegen Korruption und vollständige Aneignung der Exporteinkommen durch die herrschenden Cliquen brechen. Im Krieg fallen nicht alle gesellschaftlichen Ordnungssysteme in sich zusammen, lediglich die Friedensordnung zerbricht. Rohstoffreichtum erlaubt es Herrschern, ihre Macht unabhängig von ihrem Rückhalt in der Bevölkerung und von einem effizienten bürokratischen Apparat zu konsolidieren. Sie können einen repressiven Sicherheitsapparat unterhalten und sich damit begnügen, einen engen Kreis von Kollaborateuren zu belohnen, da die Rohstoffe die Notwendigkeit eines breitgefächerten Steuersystems, wie es normalerweise in diversifizierten Wirtschaften zu finden ist, überflüssig macht.

³⁵ EO nahm den Auftrag sehr ernst; 20 Mitarbeiter kamen bei dem Einsatz ums Leben, die entweder im Kampf gefallen sind oder an Krankheiten verstarben. Vgl. Büttner 2001, S. 92

³⁶ Diese Verbindung ist allerdings nicht zwangsläufig. Rohstoffreiche Staaten wie Botswana oder Norwegen werden nicht von Konflikten geplagt; ebenso wenig sind alle kriegsführenden Parteien für ihren Kampf auf natürliche Ressourcen angewiesen.

³⁷ Das jährliche Bruttokriminalprodukt wird auf 1000 Mrd. US-\$ geschätzt.

Angolas Präsident dos Santos z.B. ist längst Milliardär und zählt zu den reichsten Männern der Welt. Er hat in allen Gremien, in denen er nicht selbst präsent sein kann, Familienangehörige platziert.

Die Mehrheit der Bevölkerung verliert im Krieg den Zugang zu Gütern der Grundversorgung wie Nahrung und Gesundheitsversorgung. Oft bleibt ihnen nur die Möglichkeit, sich entweder aktiv am Krieg zu beteiligen oder zu flüchten. Weil die Soldzahlungen an Militär und Polizei oft ausfallen, versorgen sich die »Sobels« (Soldiers by day, rebel by night, siehe Fußnote¹⁹) durch Überfälle auf Dörfer und Städte. Da in vielen afrikanischen Ländern mehr als die Hälfte der Jugendlichen erwerbslos sind, brauchen sich die Truppen um Zulauf keine Gedanken zu machen:

Der Dienst in der Armee oder in den Banden der Warlords ist für große Teile der männlichen Bevölkerung zur einzigen Verdienstmöglichkeit geworden. Krieg ist somit eine »zweckrationale Form der Interessenverfolgung« (Herfried Münkler in FR Juni 2002), das Überleben in einer Friedensökonomie zu sichern ist oft unmöglich. Für Regierungen und Konzerne im Norden sind die kriegszerrütteten Länder Afrikas auch ein beliebter Handelspartner, weil sie durch den Verlust der Kreditwürdigkeit erpressbar geworden sind. Hohe Risikoabschläge vermindern den Marktwert von Ressourcen. Meist können Schürf – und Explorationsrechte so günstig erstanden werden, dass die erheblichen Kosten für private Sicherheitsunternehmen nicht mehr ins Gewicht fallen.

Das Volumen ausländischer Investitionen hängt in hohem Maße davon ab, welche Gewinnmargen die Investoren und multinationalen Konzerne zu erzielen gedenken. In Afrika erreichen die Profite bis zu 40 %. Im letzten Jahrzehnt investierten transnationale Konzerne deutlich mehr in Afrikas rohstoffreichen (Krisen-) Regionen als in anderen Teilen des Kontinents. Allerdings dient der Kontinent nur als Rohstofflieferant. Die Abhängigkeit und Ausblutung Afrikas wird durch die systematische Ausbeutung seiner Naturressourcen perpetuiert, ohne dass produktive Investitionen erfolgen, die Arbeitsplätze³⁸ und Exportmöglichkeiten schaffen würden (Sanou M'Baye, siehe vorhergehender Beitrag).

In Mosambik beruhte der Erfolg des Friedensabkommens im Jahr 1992 – nachdem sich sogar viele Hilfsorganisationen aus dem Land zurückgezogen hatten – vor allem darauf, dass auf beiden Seiten die Ressourcen für die Fortführung des Krieges fehlten. Die gesellschaftliche Produktionsweise des Krieges, vor allem in ihrem wirtschaftlichen Aspekt, stand zur Disposition. Frieden zu schließen erschien den Kriegsparteien – auch aus ökonomischen Gründen – attraktiver, als weiter zu kämpfen.

Wären die transnationalen Konzerne bereit, die materielle Unterstützung der Konflikte einzustellen und die Wirtschaftsbeziehungen der Kriegsherren zu blockieren, dann würde das Geschäft mit der Gewalt unrentabel. Dies wäre endlich wieder die Stunde der bislang zum Schweigen gebrachten Mehrheit Afrikas. Bis dahin hat Afrika nur seine Toten, um auf sich aufmerksam zu machen.

Anhang: Fakten zu Angola³⁹

Bevölkerung 12 Millionen

Lebenserwartung 48.9 Jahre

Sterblichkeitsrate Kinder unter 5 Jahren 200/von 1000 (höchste Rate weltweit)

Flüchtlinge im eigenen Land 3,5 Millionen

Behinderte nach Minenunfällen 86 000

³⁸ Zu bedenken ist an dieser Stelle, dass die Brechtschen Zeilen »Armer Mann und reicher Mann standen da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärs du nicht reich« heute nicht mehr uneingeschränkt gültig ist, da immer weniger Arbeitskräfte zur Produktion von Reichtum gebraucht werden. Diese Abhängigkeit zerfällt. Die Folgen dieser Entwicklung lassen sich noch gar nicht absehen. Würde Afrika morgen im Meer versinken, hätte dies wohl nur geringfügige Auswirkungen auf das Börsengeschehen.

³⁹ Alle Angaben global witness: All the president's men. März 2002

Menschen ohne Zugang zur Gesundheitsversorgung 76 %

Menschen ohne Zugang zu sauberem Wasser 62 %

Arbeitslosenrate 80 %

Analphabetenrate 60 %

Bevölkerungsanteil, der in absoluter oder relativer Armut lebt 82,5 %

Täglicher Umsatz bei der Ölförderung 11 Millionen US-\$

Öl-Einnahmen der Regierung zwischen 2003 und 2010 zwischen 3 und 8 Milliarden US-\$